

Jo Leinen und Jan Kreutz

Der lange Weg zu einem demokratischen Europa

Die Zukunft des Vertrages von Lissabon

Sechzig Jahre nach Beginn des europäischen Integrationsprojekts ist die Europäische Union noch weit von ihrer »Finalität« entfernt. Solange es keine Einigung über das Ziel, über die endgültige Form und Struktur der EU gibt, fällt es auch schwer, den Weg dorthin zu bestimmen.

Jo Leinen

(* 1948) MdEP, war bis 1994 Umweltminister im Saarland und ist jetzt u.a. Vorsitzender des Ausschusses für konstitutionelle Fragen im Europäischen Parlament.

jo.leinen@europarl.europa.eu



Jan Kreutz

(* 1980) ist wissenschaftlicher Mitarbeiter von Jo Leinen.

jan.kreutz@web.de



Der Erfolg des Europäischen Integrationsprojekts lag bisher darin, dass kleine erreichbare Zwischenziele formuliert wurden, anstatt sich durch die fehlende Entscheidung über das endgültige Bild der EU blockieren zu lassen. Die nächsten Etappen der Europäischen Union werden dementsprechend immer wieder neu formuliert. Die Gründungsväter des Europäischen Projekts hatten sich die friedliche Einigung des Kontinents zur Aufgabe gestellt. Dies ist heute weitgehend erreicht, auch wenn die Stabilisierung und Integration der südosteuropäischen Länder Europas weiterhin eine schwierige Aufgabe bleibt. Nahrungsmittelsicherheit herzustellen, ein wichtiges Ziel der europäischen Agrarpolitik in den 50er Jahren, ist heute kein Thema mehr. Der wirtschaftliche Wiederaufbau Westeuropas

nach dem Zweiten Weltkrieg ist insbesondere durch die Europäische Integration gelungen, genauso wie die Auflösung des Eisernen Vorhangs zwischen Ost und West.

Trotz all dieser Erfolge steht die Frage nach dem Selbstverständnis und der »Finalität« der Europäischen Union immer wieder auf der Tagesordnung. Wird die EU zu einem supranationalen und föderalen Staat oder wird sie zu einer auf dem *Intergouvernementalismus* basierenden Konföderation von Nationalstaaten zurückgestuft? Als europäischer Sozialdemokrat spreche ich mich eindeutig dafür aus, dass sich die Europäische Union zu einer demokratischen und sozialen Föderation weiterentwickelt, die aber nicht mit herkömmlichen Nationalstaaten gleichzusetzen ist. Der *Intergouvernementalismus* hat vor allem zwei Schwächen: Er ist ineffizient und undemokratisch. Aufgrund des zumeist vorherrschenden Einstimmigkeitsprinzips und der Notwendigkeit, einen Konsens aller Regierungen herzustellen, sind Entscheidungsprozesse langsam und führen oft zu schwachen Minimalkompromissen. Darüber hinaus tagen Minister, Regierungschefs und ihre Beamten in der Regel hinter verschlossenen Türen und können nur schlecht von demokratisch gewählten Parlamenten kontrolliert werden. Wenn sich die Europäische Union nicht noch weiter von den Bürgern entfernen soll, muss sie sich zu einem echten parlamentarischen politischen System weiterentwickeln, in dem die handelnden Politiker auf EU-Ebene dem Europäischen Parlament verant-

wortlich sind. Nur so kann gewährleistet werden, dass Europapolitik im Interesse der Unionsbürger gestaltet wird.

Lissabon ist ein Meilenstein

Der Vertrag von Lissabon wertet nicht nur das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente auf, sondern ermöglicht auch den Unionsbürgerinnen und -bürgern bessere Mitwirkungsrechte. Mit dem Europäischen Bürgerbegehren wird erstmals ein Instrument der direkten Demokratie in die Europapolitik eingeführt. Sobald mehr als eine Million europäische Bürger durch ihre Unterschrift ein politisches Anliegen unterstützen, muss die Europäische Kommission dieses in die politische Agenda aufnehmen. Darüber hinaus wird mit dem Vertrag die Charta der Europäischen Grundrechte – der weltweit umfassendste und modernste Katalog von Rechten und Freiheiten – rechtskräftig. Das Europäische Parlament wird in seinen Kompetenzen und Mitspracherechten gestärkt. EU-Gesetze werden in Zukunft zu 95 % gleichberechtigt vom Europäischen Parlament und dem Ministerrat entschieden. Neu ist die Mitentscheidung insbesondere bei der gesamten Agrarpolitik, weiten Teilen der Innen- und Justizpolitik, in der Energiepolitik, beim Katastrophenschutz und bei humanitärer Hilfe. Insbesondere in der Innen- und Justizpolitik wird das Europäische Parlament neue Mitwirkungsmöglichkeiten erhalten, so z.B. bei der Kriminalitäts- und Terrorismusbekämpfung, in Fragen des Grenzschutzes und der Einwanderungspolitik wie auch bei der Kontrolle der europäischen Polizei- und Justizbehörden *Europol* und *Eurojust*.

Auch bei der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik wird das Parlament mehr Mitsprache bekommen. Der neu geschaffene Europäische Außenminister, der offiziell »Hoher Vertreter für die Außen- und Sicherheitspolitik« heißt, ist gleichzei-

tig Vizepräsident der Europäischen Kommission. Damit ist er in seiner Arbeit auch gegenüber dem Europäischen Parlament verantwortlich, muss dort Rede und Antwort stehen und kann notfalls auch durch einen Misstrauensantrag sanktioniert werden. Zum Aufbau des Europäischen Auswärtigen Dienstes, sozusagen der »EU-Botschaften« in der ganzen Welt, muss das Europäische Parlament gehört werden. Schließlich hat das Europäische Parlament auch die Mitentscheidung bei den Haushaltslinien für die Außenpolitik.

Mit dem neuen Europa-Vertrag bekommen die Bürgerinnen und Bürger zum ersten Mal entscheidenden Einfluss auf die Wahl des »Regierungschefs« der EU, den Präsidenten der Europäischen Kommission, den Chef der europäischen Exekutive. Dieser wird in Zukunft vom Europäischen Parlament gewählt. Dabei muss das Ergebnis der Europawahlen berücksichtigt werden. Die Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni 2009 bekommen damit eine neue Bedeutung. Die Bürgerinnen und Bürger entscheiden letztlich, in welche politische Richtung sich die Europäische Union weiterentwickeln soll.

Ratifizierungsverfahren überdenken

Leider ist der Vertrag von Lissabon noch immer nicht in Kraft getreten. Der negative Ausgang des irischen Referendums ist ein großes Dilemma für die Europäische Union. Einerseits darf das demokratische Votum der irischen Bevölkerung nicht ignoriert werden. Andererseits haben 24 Mitgliedsstaaten den neuen Vertrag bereits ratifiziert. Angesichts der wachsenden Herausforderungen des 21. Jahrhunderts, von der Finanzkrise über die Energiesicherheit bis zum Klimawandel, kann sich die Europäische Union nicht länger Blockaden erlauben. Die Ratifizierungsmethode für zukünftige Verträge muss dringend über-

dacht werden, damit die EU nicht reformunfähig wird und durch ihr eigenes Modell zum Scheitern verurteilt ist. In Zukunft sollten im Normalfall parlamentarische Abstimmungen in allen Mitgliedsstaaten und bei wichtigen Vertragsänderungen ein Europäisches Referendum stattfinden. Bei beiden sollten qualifizierte Mehrheiten für die Ratifizierung ausreichen.

Dies wird aber nicht für den Vertrag von Lissabon und das irische *Nein* gelten. Derzeit ist noch die Ratifizierung durch alle Mitgliedsstaaten notwendig. Bis Ende des Jahres sollte alles daran gesetzt werden, dass in den verbleibenden Mitgliedsstaaten Schweden und der Tschechischen Republik der Vertrag von Lissabon ratifiziert wird. Irland sollte dann im Frühling 2009 eine neue Befragung der Bevölkerung durchführen. Eile ist insofern geboten, weil die Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni 2009 stattfinden und bis dahin Klarheit über die rechtlichen Grundlagen

der Europäischen Union herrschen muss. Nur so kann gewährleistet werden, dass die Wahl des Präsidenten der Europäischen Kommission auf Grundlage der von den Bürgern zum Ausdruck gebrachten Präferenzen durchgeführt wird. In Irland muss den Bürgern deutlich erklärt werden, dass ein zweites *Nein* das Land in Europa isolieren würde und ein Europa der zwei Geschwindigkeiten entstehen wird. Darüber hinaus muss die Regierung in Dublin sehr viel engagierter für den Vertrag von Lissabon werben. Bei der ersten Ablehnung hat eine Mehrheit der Menschen angegeben, wegen fehlender Kenntnisse über den Vertrag mit *Nein* gestimmt zu haben. Auch die Regeln zur Finanzierung von Referendums-kampagnen müssen geändert werden. In einer Demokratie sollte es nicht hinnehmbar sein, dass ein Millionär wie Herr Gallely alleine mehr Geld in eine Kampagne investiert als es die gesamten Parteien in diesem Land dürfen.

Herbert Obinger

Perspektiven für ein soziales Europa

Das Integrationsprojekt EU benötigt die Unterstützung durch seine Bürger. Kaum ein anderes Politikfeld wäre besser geeignet diese zu generieren als das der Sozialpolitik. Doch trotz einiger Fortschritte hat sich die bereits bei der Gründung der EG angelegte Konstruktion einer sozialstaatlich nicht eingehetzten Marktintegration weiter verhärtet.

Herbert Obinger

(* 1970) ist Professor für vergleichende Staatstätigkeitsforschung am Zentrum für Sozialpolitik (ZeS) der Universität Bremen und Projektleiter am dortigen Sonderforschungsbereich »Staatlichkeit im Wandel«.

hobinger@zes.uni-bremen.de



sozialpolitisch abstinenter ist, noch kann auf der Ebene der Mitgliedsstaaten ein einheitliches europäisches Sozialmodell ausgemacht werden. Beide Einschätzungen treffen am ehesten für die Gründungsphase der EG zu. Zum einen beschränkten sich im EWG-Vertrag die sozialpolitischen Kompetenzen auf die Geschlechtergleichheit in der Entlohnung, sowie Maßnahmen auf dem Gebiet der sozialen Sicherheit zur Sicherstellung der Freizügigkeit von Arbeitnehmern. Zum anderen bestand ur-

Die Europäische Sozialpolitik ist Gegenstand vieler Mythen. Weder ist es heute zutreffend, dass die Europäische Union